

## Schweizerische Gesandtschaft

in  
Berlin

Berlin, den 15. Oktober 1924.

R/Mg.-

Beziehungen zu Russland.

Persönlich und vertraulich.

Zu Nr.B.56.41.15.20.-IO.

Herr Bundesrat,

Im Besitze des Telegramms der Abteilung für Auswärtiges vom 13.ds. habe ich der Einladung von Professor Stein zum Frühstück, bei dem ich den russischen Botschafter in London, Herrn Rakovsky, treffen sollte, Folge geleistet. Wir drei Herren waren allein; die Unterhaltung dauerte nahezu drei Stunden. Rakovsky, der übrigens die Schweiz, insbesondere Genf, von seiner Studienzeit her kennt, machte auf mich einen sympathischen Eindruck. Er scheint vielseitig gebildet, sehr gescheit und gewandt zu sein.

Nachdem Stein das Gespräch auf die uns interessierende Frage gebracht hatte, erklärte Rakovsky, dass seine Regierung den Wunsch hege und diesen auch schon wiederholt zu erkennen gegeben habe, die Angelegenheit mit der Schweiz in Ordnung zu bringen. Einmal bestehen trotz der Affäre Worowski viele Sympathien für unser Land, sodann habe Russland ein Interesse an einzelnen unserer Industrie-

Herrn

Bundesrat M o t t a,

Chef des Eidgen. Politischen Departements,

B e r n .



produkte, wie an Maschinen und Farben, und schließlich sei die Besserung der Beziehungen erwünscht im Hinblick auf die Entsendung eines russischen Beobachters an den Völkerbund. Denn wenn auch die Schweiz einer solchen trotz der bestehenden Spannung Hindernisse nicht in den Weg legen würde, so möchte doch Russland einen Delegierten lieber nicht in der Schweiz wissen, solange es seinen Angehörigen das Betreten dieses Landes verbiete. Was nun die Art der Regelung betreffe, so müsse Russland an einer gewissen Genugtuung in der Worowski-Affäre festhalten. Denn wenn man auch von einer Verantwortung der Schweizerischen Regierung für die Freisprechung Conradis nicht reden wollte, so bleibe doch diejenige für die Unterlassung eines polizeilichen Schutzes des russischen Delegierten. Hinsichtlich der Form bzw. Formel einer schweizerischen Erklärung, die sich, da Russland möglichst weit entgegenzukommen bereit sei, auf das Minimum eines Bedauerns beschränken könnte, werde gewiss eine Verständigung möglich sein, sobald im Uebrigen eine materielle Einigung erzielt werde. Eine solche erblicke die Russische Regierung in der Wiederherstellung der früheren, also auch diplomatischen, Beziehungen, mit anderen Worten, in der Anerkennung de jure. Andere Länder haben sich zu einer solchen auch entschlossen, und diejenige durch Frankreich stehe unmittelbar bevor. Das Land aber, das mit einer solchen

am längsten zuwarte, dürfe sich nicht verwundern, wenn ihm dann weniger günstige Modalitäten geboten werden als den früher kommenden. Er glaube übrigens zu wissen, dass der Bundesrat den Gedanken der Anerkennung nicht mehr schroff ablehne. Ich erklärte, darüber nicht informiert zu sein, machte aber auf die einer Anerkennung wohl noch abgeneigte öffentliche Meinung aufmerksam, die es vielleicht, wenn man überhaupt zu einer Verständigung komme, als ratsam erscheinen lassen würde, sukzessive vorzugehen, d.h. vorerst die tatsächlichen Störungen zu beseitigen, um damit den Boden für eine allfällige spätere, weitergehende Annäherung vorzubereiten, die sich ja vielleicht nach Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen von selbst als wünschbar erzeigen werde. Ich wies auch auf die bei uns noch bestehenden Bedenken wegen der russischen politischen Propaganda in der Schweiz hin. Was diesen letzteren Punkt betrifft, so wollte ich ihn Rakovsky nicht als gefährlich gelten lassen. Aber gerade wenn bezügliche Bedenken bestehen, so biete eine russische diplomatische Vertretung in der Schweiz den Vorteil, dass allfällige schweizerische Beschwerden bei ihr angebracht werden könnten. Die öffentliche Meinung sodann werde zweifellos durch die bevorstehende Anerkennung von Seiten Frankreichs beeinflusst werden, und überdies habe es die Schweizerische Regierung gewiss in der Hand, ihr die als erwünscht erscheinende Richtung zu geben. Ein sukzessives Vorgehen

biete für Russland deswegen kein Interesse, weil dieses Land bei Aufhebung seines Boykottes der Schweiz nur einen Vorteil biete, ohne von dieser eine Kompensation zu erhalten. Denn eine solche liege in der allfälligen Aufhebung der schweizerischen Visasperre nicht, da von der letzteren in der Hauptsache nicht die Sowjetrussen, sondern die russischen Emigranten in Deutschland, Frankreich usw. betroffen werden, deren Lage zu verbessern die Russische Regierung nicht das geringste Interesse habe.

Wenn auch Rakovsky die vorläufige Beschränkung einer Verständigung auf die Wiederherstellung tatsächlicher Beziehungen nicht unbedingt ablehnte, so habe ich doch den Eindruck erhalten, dass dieser Weg nicht leicht gangbar sein wird, es sei denn vielleicht, die Schweiz entschliesse sich dazu, was sie ja bis jetzt mit Recht stets abgelehnt hat, als Kompensation eine die russischen Gefühle befriedigende Erklärung betreffend die Worowski-Affäre abzugeben, auf welche Erklärung Rakovsky für den Fall der Anerkennung de jure besonderes Gewicht nicht zu legen schien. Andererseits ist auf dem Boden einer solchen Anerkennung Russland zweifellos verständigungsbereit. Dabei stellt sich dann aber die grosse Frage nach den schweizerischen Bedingungen hinsichtlich der Bezahlung der russischen Schulden an die Schweiz, bzw. der Entschädigung der Russlandschweizer. Da ich nicht weiss, wie sich der Bundesrat heute zur

Anerkennung stellt, d.h., ob er eine solche selbst für den Fall der russischen Entschädigungsbereitschaft aus politischen Gründen von vornherein ablehnt, so brachte ich vorläufig die Bedingung finanzieller russischer Genugtuungen überhaupt nicht zur Sprache. Dies zu tun wird wohl das erste sein müssen, wenn allfällig die eingeleitete Fühlungnahme in der Richtung nach der Anerkennung fortgesetzt werden soll.

Rakovsky ist, entgegen der in meinem Schreiben vom 11. ds. erwähnten Meinung von Prof. Stein, nach London zurückgekehrt. Er ist bereit, die Besprechung mit unserem dortigen Gesandten fortzusetzen. Er ist aber auch einverstanden, dass die weitere Verfolgung der Sache hier in Berlin stattfindet, und er hat zu diesem allfälligen Zwecke die hiesige russische Botschaft informiert. Prof. Stein hält sich für die Vermittlung weiterer unverbindlicher Zusammenkünfte zur Verfügung und hält Berlin auch deshalb für günstig, weil häufig Vertreter bzw. Mitglieder der Russischen Regierung hier weilen.

Ihrer Weisung, ob und wenn ja in welcher Art und Richtung ich der Angelegenheit weitere Folge geben soll, sehe ich entgegen.

Rakovsky schilderte mir begeistert die angeblich erfreulichen Zustände in seinem Lande: die Valuta stabilisiert, der Haushalt demnächst im Gleichgewicht, die Banken in der Lage, der Industrie die

nötigen Kredite zu gewähren. Jetzt müsse nur noch die Landwirtschaft zu rationelleren Arbeitsmethoden erzogen und das Schulwesen zwecks Verminderung der 25% Analphabeten verbessert werden. Das geistige Interesse rege sich übrigens ersichtlich, was u.a. aus der starken Nachfrage nach Literatur hervorgehe. Die Gerüchte von einer drohenden Hungersnot seien falsch. Allerdings sei die diesjährige Ernte geringer ausgefallen, als die letztjährige, ausserordentlich gute. Deshalb seien, wo es nötig erscheine, Getreidedepots angelegt worden und es werde weniger Getreide exportiert werden, als letztes Jahr.

Den Beitritt Russlands zum Völkerbund lehnt Rakovsky ab. Er ist zwar ein Anhänger der Idee und zwar in ihrem universalsten Sinne. Das gegenwärtige Gebilde sei aber nichts als eine Zusatzversicherung der Siegerstaaten für die durch die Friedensverträge geschaffenen politischen Zustände, die schlimmer seien als diejenigen der Vorkriegszeit, insbesondere für unvernünftige Grenzen. Dagegen sei Russland bereit, sich an einer weitgehenden Abrüstung zu beteiligen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

